

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR BÜRGERINNEN UND BÜRGER



Für Recht und Freiheit
Feierliches Gelöbnis am Landtag



Foto: denis - stock.adobe.com

Schwerpunkt

- S. 9 [Asiatische Hornisse – Gefahr für Bienen und Artenvielfalt](#)
- S. 10 [Standpunkte](#)



Plenum

- S. 3 [Kita-Reform](#)

Aktuelle Stunde zu „Eckpunktepapier“

- S. 4 [Kursbestimmung für 2026](#)

Landtag berät erstmals über Haushaltsentwurf

- S. 6 [Meldungen](#)

- S. 8 [Gesetzgebung](#)

Forum

- S. 12 [Bundeswehr-Gelöbnis vor der „Herzkammer der Demokratie“](#)

Premiere vor dem Landesparlament

- S. 14 [Aus den Fraktionen](#)

- S. 17 [Gesucht: Bunte Ideen rund um Nordrhein-Westfalen](#)

Mal- und Bastelwettbewerb an den Grundschulen

- S. 18 [Porträt: Claudia Schlottmann \(CDU\)](#)

- S. 19 [Kurz notiert](#)

- S. 20 [Austausch der Parlamente](#)



Foto: Adobe-Stock/oksix

PLENUM

„Eckpunktepapier“ sorgt für Diskussionen

19. September 2025 – Der Landtag hat über Reformen bei der frühkindlichen Betreuung und Bildung diskutiert. Anlass waren Medienberichte über ein „Eckpunktepapier“ der Landesregierung. Die Fraktionen von FDP und SPD hatten dazu eine Aktuelle Stunde beantragt.

Den Berichten zufolge sollen in dem Papier „zentrale Grundsätze der frühkindlichen Bildung in Nordrhein-Westfalen zur Disposition gestellt werden“, heißt es im FDP-Antrag ([18/15672](#)). Geplant sei nicht nur die „Abschaffung der grundsätzlichen Beitragsfreiheit in den letzten beiden Kita-Jahren, sondern auch eine grundlegende Umsteuerung bei Betreuungszeiten und Personaleinsatz“.

Die Pläne würden bedeuten, „dass mehr Kinder und weniger Fachkräfte in einer Gruppe sind, die Qualität der frühkindlichen Bildung leidet, die Gesundheit der Beschäftigten durch Überlastung weiter gefährdet wird und es für Eltern auch noch viel teurer werden kann als bisher“, schreibt die SPD-Fraktion in ihrem Antrag ([18/15673](#)).

„Die Lage in den Kitas ist extrem angespannt“, eröffnete **Henning Höne**, Vorsitzender der FDP-Fraktion, die Aussprache. 10.000 Erzieherinnen und Erzieher fehlten aktuell. Durchschnittlich sei man bei 23 Schließtagen im Jahr. Das wirke sich auf die frühkindliche Bildung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus. Die Landesregierung müsse ein Kita-Rettungspaket auf den Weg bringen und Fachkräfte verstärkt anwerben.

„Die Kita-Politik ist ein ganz besonderes Versagen dieser Landesregierung“, kritisierte SPD-Fraktionsvorsitzender **Jochen Ott**. Das öffentliche Urteil über die Kita-Pläne von Schwarz-Grün sei „vernichtend“. Sie bedeuteten mehr Belastungen für Familien und seien ein „bitterer Rückschritt für die frühkindliche Bildung“. Die Regierung plane „heimlich“ und „systematisch“ den Bruch zentraler Versprechen aus dem Koalitionsvertrag.

Die frühkindliche Bildung habe unter Schwarz-Grün „noch einmal an Priorität gewonnen“, entgegnete **Christina Schulze Föcking** (CDU). Im Jahr 2025 stelle die Landesregierung 500 Millionen Euro

mehr als im Vorjahr zur Ausfinanzierung des Kinderbildungsgesetzes zur Verfügung. „Wir sichern am Ende die Qualität, Verlässlichkeit und Beitragsfreiheit in den letzten beiden Jahren.“ Die Opposition dagegen betreibe „Panikmache“ und verunsichere Eltern.

„Politkrimi“

Zacharias Schalley (AfD) fühlte sich an einen „Politkrimi“ erinnert – mit Geheimplänen, Hinterzimmer-Absprachen und undichten Stellen. Der Vorwurf an die Landesregierung wiege schwer. „Wer so plant, schwächt Bildungs- und Förderchancen von Kindern, verschärft den Fachkräftemangel, verschnellert den Abwärtstrend im Bildungssystem und treibt Erzieher weiter in die Überlastung“, sagte Schalley.

In Kitas werde der Grundstein für das weitere Leben gelegt, sagte **Eileen Woestmann** (Grüne). Wichtig für die Qualität seien „multiprofessionelle Teams“ sowie das gute Zusammenspiel von Fach- und Ergänzungskräften. Der Kita-Alltag müsse angesichts des Fachkräftemangels der Realität angepasst werden: „Ich finde es richtig, dass wir über einen flexibleren Einsatz von Personal sprechen“, so Woestmann.

Familienministerien **Josefine Paul** (Grüne) warf der Opposition vor, zur Verunsicherung in der Debatte beizutragen. Die Landesregierung spreche derzeit vertrauensvoll und zielgerichtet mit allen Akteurinnen und Akteuren. Sie verfolge dabei das klare Ziel, jedem Kind die besten Startchancen zu ermöglichen, auch unter den „aktuell mancherorts sehr herausfordernden Bedingungen“. Paul versicherte zugleich, dass die Beitragsfreiheit der beiden Kita-Jahre vor der Einschulung beibehalten werde.

rüc, tob, zab, wib

Kursbestimmung für 2026 – Debatte um Etat hat begonnen

17. September 2025 – Im Landtag hat das Ringen um die Finanzen begonnen. In einer kontroversen Debatte berieten die Abgeordneten erstmals über die Pläne der Landesregierung für den Haushalt 2026. Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk (CDU) stellte sie im Plenum vor. Dabei ging es auch um den landespolitischen Kurs von Schwarz-Grün.

Der Entwurf (18/15000) sieht ein Volumen von rund 112 Milliarden Euro vor. Damit liegt es rund 7 Milliarden Euro höher als im laufenden Jahr. Die Personalausgaben sollen bei 39,7 Milliarden Euro liegen (2025: 37 Milliarden Euro), die Investitionsausgaben steigen von 10,9 auf 12,1 Milliarden Euro. Nach der 1. Lesung beginnen die Detailberatungen der Pläne in den Fachausschüssen.

Finanzminister **Dr. Marcus Optendrenk** (CDU) sprach von großen Herausforderungen wie der anhaltenden Rezession, der US-Zollpolitik sowie den Kriegen in Nahost und der Ukraine. Mit gezielten Zu-

kunftsinvestitionen und maßvollen Konsolidierungsmaßnahmen stelle sich die Landesregierung diesen Herausforderungen. Mehr als 6,7 Milliarden Euro seien für die Sicherheit geplant, mehr als 43 Milliarden Euro für die Bildung, 1,7 Milliarden Euro mehr als 2025. Das Land stärke die Kommunen, unter anderem mit Entlastungen bei den Altschulden. Dafür stünden jährlich 250 Millionen Euro zur Verfügung. Zugleich würden 3,4 Milliarden Euro Kosten reduziert, unter anderem durch einen Abbau von knapp 550 Stellen in der Ministerialverwaltung über fünf Jahre. Dennoch komme das Land nicht ohne neue Schulden aus. Die Nettokreditaufnahme liege bei rund 4,5 Milliarden Euro.

Jochen Ott, Vorsitzender der SPD-Fraktion, warf der Landesregierung Sozialabbau und „irrlichternde Verschuldung“ vor. „Die Regierung aus Schwarz-Grün hat keine Kraft mehr für Verbesserung – dieser Haushalt ist der beste Beweis.“ Die

Arbeitslosigkeit sei gestiegen. Das Kita-Angebot werde nicht aus-, sondern abgebaut. Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) sei dabei, die frühkindliche Bildung abzuwickeln. Nie seien kommunale Steuern zudem so stark gestiegen wie unter Schwarz-Grün. Und nie habe es so wenig bezahlbaren Wohnraum gegeben. Geld für Kommunen müsse auch dort ankommen. „Die schwarz-grüne Zukunft ist Vergangenheit.“ Die Landesregierung habe mit ihrem Haushaltsentwurf gezeigt, „dass sie nichts mehr für NRW erreichen will“. Die SPD dagegen sei die „Lobby der Chancengleichheit in Nordrhein-Westfalen“.

„Richtige Priorität“

Demgegenüber betonte der CDU-Fraktionsvorsitzende **Thorsten Schick**, dass die Landesregierung mit dem Haushaltsplan gute Politik mache. Die Regierung setze die richtigen Prioritäten. In herausfordernden Zeiten bleibe man ein verlässlicher Partner der Kommunen, „setze mit der Altschuldenlösung Historisches um“ und sei

in dieser Sache in Vorleistung gegangen. Auch in anderen Bereichen gehe das Land voran: NRW sei das erste Bundesland, das die Krankenhausreform umgesetzt und so die Führungsrolle übernommen habe. Verantwortlich für das dritte Rezessionsjahr in Folge und die wirtschaftspolitische Bilanz sei hingegen der frühere Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Er habe beim für die nordrhein-westfälische Industrie wichtigen Brückenstrompreis nicht geliefert. Deshalb fehlten „Wachstumsimpulse und Geld im Haushalt“.

Vom ersten Tag an sei die Haushaltspolitik die Achillesferse der Landesregierung gewesen, sagte FDP-Fraktionschef **Henning Höne**. Ihr stehe so viel Geld zur Verfügung wie keiner Regierung zuvor – dennoch wolle sie jede nur denkbare Verschuldungsmöglichkeit nutzen. Das sei ein „Drahtseilakt mit Augenbinde“. Mit den Schulden von heute kaufe man sich „Spielraum auf Kosten von morgen“. Der Haushaltsentwurf von Schwarz-Grün zeige: „Sie haben zu wenig Respekt vor kommenden Generationen.“ Das werde auch beim Thema Bildung deut-

lich. Höne wies auf die Situation in Kitas, Schulen und Hochschulen hin. Er kritisierte zudem die Wirtschaftspolitik: „Mittelstand, Handwerk und freie Berufe haben bei dieser Landesregierung keinen Platz am Tisch.“ Sie mache es den Unternehmen im Land nicht leichter, sondern schwerer.

Bildungschancen

Für die Fraktion der Grünen sprach die Vorsitzende **Verena Schäffer**. Gemeinsam mit der CDU gestalte man Politik. Zwar habe man zum Teil unterschiedliche Antworten, fände aber einen gemeinsamen Weg und handle für die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Das zeigten zahlreiche Beispiele, darunter die Altschuldenlösung, der Ausbau der Erneuerbaren Energien und die Wohnraumförderung. Die Fraktionsvorsitzende betonte: „Unsere Kinder und Jugendlichen sind unser Antrieb.“ Ihre Bildungschancen seien in diesem Haushalt die Priorität der Landesregierung: Insgesamt seien über 43 Milliarden Euro für Kitas, Schulen und Hoch-

schulen vorgesehen. Der Haushaltsentwurf zeige daher beispielhaft: „Ja, Politik kann etwas verändern. Selbst unter herausfordernden Bedingungen. Unser Handeln macht einen Unterschied.“

Erstmals seit 15 Jahren habe NRW die Marke von 800.000 Arbeitslosen überschritten, kritisierte **Dr. Martin Vincentz**, Fraktionsvorsitzender der AfD. Das Handeln der Landesregierung sei eine „einzige Zumutung“ und habe einen „Teufelskreis des Niedergangs“ losgetreten. Die Landesregierung nehme „Rekordschulden“ auf und werfe das Geld mit beiden Händen zum Fenster heraus. Dahinter stehe die „Sucht der Regierungen in Berlin und Düsseldorf, immer weiter über ihre Verhältnisse zu leben“. Unternehmen bauten Arbeitsplätze ab, Ämter stellten ein. Künftige Generationen würden weiter belastet, was den Standort NRW unattraktiver mache. Nötig sei ein Neuanfang bei Infrastruktur, Bürokratieabbau, Bildung und Innerer Sicherheit. Zudem brauche es Steuersenkungen. Das Land verdiene eine Regierung, die es ernst statt ausnehme. *wib, tob, rüch, zab*

Fotos: Schälte



Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk (CDU)



Kommunalquote

17.9.2025 – Rund 21 Milliarden Euro aus dem vom Bund beschlossenen Sondervermögen würden voraussichtlich nach Nordrhein-Westfalen fließen, heißt es in einem Antrag der SPD-Fraktion ([18/15586](#)). Das Geld biete eine einmalige Gelegenheit, „Investitionsrückstände in den Kommunen abzubauen und die zentrale Infrastruktur zu modernisieren“. Die Kommunen seien aufgrund ihrer zahlreichen Zuständigkeiten entscheidend für die Umsetzung. Auch habe der Bund deutlich gemacht, dass die Länder einen Teil der ihnen zustehenden Mittel an die Kommunen weitergeben müssten. Die Landesregierung müsse diese Vorgabe daher im Sinne einer starken kommunalen Beteiligung auslegen und dürfe „die kommunale Familie nicht mit leeren Versprechen abspeisen“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU, Grünen und FDP abgelehnt. Die AfD enthielt sich.

Verkehrsinfrastruktur

17.9.2025 – Die FDP-Fraktion spricht sich für eine stärkere Berücksichtigung der Wirtschafts- und Güterverkehre im Landesentwicklungsplan aus. Der aktuelle Entwurf der Landesregierung müsse überarbeitet und verkehrspolitisch auf Wirtschaftswachstum und Bürokratieabbau ausgerichtet werden, heißt es im Antrag der Fraktion ([18/15601](#)). Eine „gut instandgehaltene und bedarfsgerecht ausgebaute Verkehrsinfrastruktur“ sei unerlässlich für die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger und das wirtschaftliche Wachstum des Landes. Sie werde künftig noch wichtiger. So werde laut Prognose des Bundes der Güterverkehr deutlich ansteigen. „Damit dieses zusätzliche Transportvolumen bewältigt werden kann, muss die Verkehrsinfrastruktur entsprechend leistungsfähig sein. Andernfalls kann das damit verbundene Mobilitätsversprechen und Wirtschaftswachstum nicht umgesetzt werden.“ Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen abgelehnt. Neben der FDP stimmte auch die AfD zu, die SPD enthielt sich.

Floating Houses

17.9.2025 – „Schwimmende Häuser können ein ergänzender Baustein zur Bekämpfung der Wohnraumknappheit sein“, heißt es in einem Antrag der AfD-Fraktion ([18/15589](#)). In vielen Ländern seien Wohnsiedlungen in Form von sogenannten Floating Houses – auf dem Wasser schwimmende Häuser – entwickelt worden. Im Gegensatz zu Hausbooten verblieben sie an einem festen Liegeplatz. Vorbilder fänden sich in den USA und den Niederlanden sowie in Deutschland zum Beispiel in Sachsen. Die Modellprojekte, die dort an einem See eines ehemaligen Tagebaus erfolgreich durchgeführt worden seien, böten sich abseits der Bundeswasserstraßen auch für Nordrhein-Westfalen an. Ökologische Einwände könnten unter anderem mit dem Argument entkräftet werden, dass keine Flächen an Land versiegelt würden. Im Anschluss an die Debatte im Plenum wurde der Antrag an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung überwiesen.

Gebetsräume

17.9.2025 – Die FDP-Fraktion kritisiert in einem Antrag ([18/15599](#)), dass 176 Schulen in Nordrhein-Westfalen Räume zur religiösen Nutzung bereitstellen. Zwar gälten diese Räume als konfessionsübergreifend, in der Praxis würden sie jedoch überwiegend von bestimmten religiösen Gruppen genutzt. Öffentliche Schulen seien aber Orte weltanschaulicher und religiöser Neutralität. Diese Neutralität werde untergraben, wenn staatliche Schulen Räume für religiöse Zwecke zur Verfügung stellten. Außerdem wirkten solche Räume abgrenzend und gefährdeten den Schulfrieden. Die Landesregierung müsse rechtlich klarstellen, dass „die Einrichtung von Gebetsräumen an öffentlichen Schulen in Nordrhein-Westfalen unzulässig ist“. Der Antrag wurde mit den Stimmen von CDU und Grünen abgelehnt. Mit Ja stimmten FDP, SPD und AfD.

Abschlussbericht



18.9.2025 – Die Enquetekommission II („Krisen- und Notfallmanagement – durch die Lehren der Vergangenheit die Zukunft sicher gestalten“) hat im Plenum ihren Abschlussbericht ([18/15420](#)) vorgestellt. Die 2023 auf Antrag der AfD-Fraktion eingesetzte Kommission hatte das Ziel, Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, „die Nordrhein-Westfalen auf gesundheitliche Krisen und Extremwetterereignisse gleichermaßen vorbereiten“. Die Einsetzung war vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie erfolgt. Der Abschlussbericht umfasst mehr als 200 Seiten. Themen sind unter anderem das Krisen- und Notfallmanagement im Zusammenhang mit Pandemien und Klimawandel sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt.

Transportbranche

18.9.2025 – Die Transportbranche in Nordrhein-Westfalen benötige mehr Fachkräfte, fordern die Fraktionen von CDU und Grünen. Die Ausbildung sowie die Arbeitsbedingungen müssten verbessert werden, heißt es in einem Antrag ([18/15578](#)) der Fraktionen, über den die Abgeordneten im Plenum beraten haben. Fehlende Fach-

kräfte seien für die überwiegend mittelständisch geprägte Branche ein „zunehmendes Problem und ein Wettbewerbsnachteil“. Die Landesregierung solle sich im Bund unter anderem für eine Vereinfachung des Gesetzes zur Qualifizierung von Berufskraftfahrerinnen und -fahrern einsetzen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Verkehrsausschuss überwiesen.

Hauptschulen

18.9.2025 – Die FDP-Fraktion möchte Hauptschulen als „Praxis-Schulen“ weiterentwickeln. Dort sollen „Kernkompetenzförderung, soziale Bildung und Berufsorientierung sehr eng verknüpft werden“, schreibt die Fraktion in einem Antrag ([18/15597](#)). Neben Lehrkräften sollen auch „Bildungslotsen für Praxis und Lebenswelt“ zum Einsatz kommen. Zudem solle es benotete Langzeitpraktika geben. Das Ziel sei eine neue „Kultur der Wertschätzung für praxisorientiertes Lernen“. Im Anschluss an die Debatte im Plenum wurde der Antrag an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen.

Gefahren durch Lachgas

18.9.2025 – Die SPD-Fraktion weist in einem Antrag ([18/14723](#)) auf den gestiegenen Lachgaskonsum insbesondere unter Jugendlichen hin. „Lachgas für den Privatkonsum“ sei eine Gefahr für Gesundheit, Klima und Kreislaufwirtschaft. Das Bundesamt für Risikobewertung habe für 2024 bundesweit 50 akute Vergiftungsfälle gemeldet. 36 davon hätten Minderjährige oder junge Er-

wachsene betroffen. Die Landesregierung solle daher einen Gesetzentwurf des Bundesgesundheitsministeriums unterstützen. Er sehe ein Verkaufsverbot an Kinder und Jugendliche vor. Zudem solle sie Aufklärungskampagnen starten und sich für ein Pfand auf Lachgas-Kartuschen einsetzen. Hintergrund: Unvollständig entleerte Kartuschen könnten bei der Müllverbrennung explodieren, das Personal gefährden und Anlagen beschädigen. Die weitere Beratung erfolgt im Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume (federführend).

Flächennutzung

18.9.2025 – Die SPD-Fraktion will verstärkt Brachflächen für eine nachhaltige Entwicklung der Kommunen nutzen. Die Potenziale dieser Flächen blieben zu oft ungenutzt, vielmehr werde auf der grünen Fläche gebaut, heißt es im Antrag der Fraktion ([18/14724](#)). Jeden Tag würden rund acht Fußballfelder bebaut. „Machen wir in diesem Tempo weiter, verbraucht NRW in etwa zehn Jahren die Fläche der Landeshauptstadt Düsseldorf (etwa 21.700 Hektar).“ Neben Fläche für das Wohnen und die Wirtschaft werde auch Raum für Natur benötigt. Die Fraktion fordert daher unter anderem, Brachflächen gezielt zu priorisieren, Genehmigungsprozesse zu beschleunigen und regional bedeutsame Brachflächen in einem landesweiten Fonds zu bündeln. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume überwiesen.



Wahl und Vereidigung

Der Landtag hat am 18. September 2025 Yvonne Hellmann (Mitte) zum stellvertretenden Mitglied des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen gewählt. Der Präsident des Landtags, André Kuper, vereidigte die Juristin nach ihrer Wahl. Die 50-Jährige ist Richterin am Bundesverwaltungsgericht und Lehrbeauftragte der Universität Bielefeld. Sie wurde auf Vorschlag der Fraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP gewählt. Neben Hellmann ist die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofs, Prof. Dr. h. c. Barbara Dauner-Lieb, zu sehen. Foto: Schälte

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes Drucksache Antragsteller ggf. federführender Ausschuss Beratungsstand			
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2026 (Haushaltsgesetz 2026) 18/15000 Landesregierung 1. Lesung am 17. September 2025 Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss	2025 Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss	Personen (Beschäftigtenschutzgesetz NRW) 18/13700 Landesregierung Innenausschuss in Beratung	
Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2026) 18/15001 Landesregierung 1. Lesung am 17. September 2025 Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss	Gesetz zur Neuverkündung des Verfassungsschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen und zur Änderung weiterer Gesetze 18/14557 Landesregierung Innenausschuss in Beratung	Gesetz über die Gewährung eines Anwärtersonderzuschlags für Laufbahnbewerberinnen und Laufbahnbewerber des feuerwehrtechnischen Dienstes in den Gemeinden und Gemeindeverbänden in Nordrhein-Westfalen 18/12816 Landesregierung Innenausschuss in Beratung	
Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2026 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2026) 18/15002 Landesregierung 1. Lesung am 17. September 2025 Überweisung an den Haushalts- und Finanzausschuss	Zweites Gesetz zur Änderung des Strafrechtsbezogenen Unterbringungsgesetzes NRW 18/14558 Landesregierung Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales in Beratung	Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen (Artikel 83) 18/12769 FDP Hauptausschuss in Beratung	
Siebtes Gesetz zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen 18/15488 FDP 1. Lesung am 17. September 2025 Überweisung an den Ausschuss für Heimat und Kommunales	Gesetz zur Stärkung der Informationssicherheit des Landes Nordrhein-Westfalen 18/14581 Landesregierung Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung in Beratung	Gesetz zur Änderung des Ausführungsgesetzes NRW Glücksspielstaatsvertrag 18/12349 Landesregierung Innenausschuss in Beratung	
Sechstes Gesetz zur Änderung des Landesplanungsgesetzes Nordrhein-Westfalen 18/15206 Landesregierung 1. und 2. Lesung am 17. September 2025 verabschiedet	Gesetz zur Stärkung der Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen 18/14527 CDU, SPD, Grüne, FDP Hauptausschuss in Beratung	Gesetz zur Einführung digitaler Bürgerbeteiligung 18/12025 FDP Hauptausschuss in Beratung	
Viertes Gesetz zur Änderung des Fachhochschulgesetzes öffentlicher Dienst 18/14097 Landesregierung 2. Lesung am 17. September 2025 verabschiedet	Viertes Gesetz zur Änderung des Ordnungsbehördengesetzes 18/14524 CDU, Grüne Innenausschuss in Beratung	Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 18/9155 SPD, FDP Hauptausschuss in Beratung	
Gesetz zur Modernisierung der Gesetze berufsständischer Versorgungswerke der Notare sowie der Architekten und der Ingenieure 18/14096 Landesregierung 2. Lesung am 17. September 2025 verabschiedet	Gesetz zum Erhalt kommunaler Hallen- und Schulschwimmbäder 18/14547 AfD Sportausschuss in Beratung	Gesetz zur Änderung der Landeshaushaltsordnung 18/7762 FDP Haushalts- und Finanzausschuss in Beratung	
Gesetz zur Neuregelung des Landesumzugskostengesetzes sowie zur weiteren Modernisierung des Reisekostenrechts 18/14722 Landesregierung 1. Lesung am 18. September	Drittes Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Sonn- und Feiertage (Feiertagsgesetz NW) 18/14024 FDP Hauptausschuss in Beratung	Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen 18/5834 FDP Hauptausschuss in Beratung	
Gesetz zur Modernisierung der Gesetze berufsständischer Versorgungswerke der Notare sowie der Architekten und der Ingenieure 18/14096 Landesregierung 2. Lesung am 17. September 2025 verabschiedet	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (Ladenöffnungsgesetz) 18/13675 FDP Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie in Beratung	Gesetz zur Änderung der nordrhein-westfälischen Landesverfassung betreffend Gleichwertigkeit der beruflichen und der akademischen Bildung 18/4278 FDP Hauptausschuss in Beratung	
Gesetz zur Neuregelung des Landesumzugskostengesetzes sowie zur weiteren Modernisierung des Reisekostenrechts 18/14722 Landesregierung 1. Lesung am 18. September	Entwurf eines Gesetzes zur Verarbeitung von personenbezogenen Daten zum Schutz der Beschäftigten öffentlicher Stellen vor gefährdenden	Eine Übersicht zur aktuellen Gesetzgebung finden Sie unter: https://lt.nrw/Gesetzgebung	

Asiatische Hornisse – Gefahr für Bienen und Artenvielfalt

3. September 2025 – Die Asiatische Hornisse (*Vespa velutina*) breitet sich zunehmend in Nordrhein-Westfalen aus. Sie ernährt sich vor allem von fliegenden Insekten und gefährdet aufgrund ihres hohen Nahrungsbedarfs den Bestand der Honigbiene und anderer Bestäuber. In einer Anhörung des Ausschusses für Umwelt, Natur- und Verbraucherschutz, Landwirtschaft, Forsten und ländliche Räume haben Sachverständige Ideen vorgestellt, wie ein Managementkonzept zur effektiven Eindämmung der aus Südostasien eingewanderten Hornisse entwickelt werden kann.

Foto: denis - stock.adobe.com

Zugrunde lag der Anhörung ein Antrag der SPD-Fraktion (18/13148). Der Bestand der invasiven Asiatischen Hornisse wachse pro Jahr um das Drei- bis Vierfache an. Für 2025 sei gegebenenfalls mit mehr als 1.000 Nestern in Nordrhein-Westfalen zu rechnen. Bedroht seien daher „Insektenbestände weit über die Honigbiene hinaus“. Die Ausbreitung der Asiatischen Hornisse sei nicht nur ein Problem der Imkerinnen und Imker. Die SPD-Fraktion fordert unter anderem ein landesweites Managementkonzept zur Bekämpfung der Asiatischen Hornisse. Darüber hinaus sei es notwendig, die Meldeplattform des Landes für nicht heimische Tierarten (Neobiota-Meldeplattform) bekannter zu machen, die personellen und finanziellen Kapazitäten der Unteren Naturschutzbehörden zu erhöhen und das Ausbildungsprogramm zur Qualifizierung von Nestentfernern zu fördern.

Der Deutsche Berufs- und Erwerbsimkerbund betonte, dass die Bekämpfung der Asiatischen Hornisse eine gesamtgesellschaftliche und hoheitliche Aufgabe sei und nicht länger als „das Problem einzelner Personengruppen“ betrachtet werden dürfe. Herzstück einer erfolgreichen Bekämpfungsstrategie sei ein effektives landesweites Managementkonzept. Dieses müsse klar benennen, welche Behörde oder Stelle für welche Aufgabe zuständig sei. Darüber hinaus forderte der Berufs- und Erwerbsimkerbund die Einrichtung einer übergeordneten, landesweiten Koordinationsstelle für das Monitoring, die Bekämpfung und die Datenhaltung. Die aktuelle Personalstärke des Landesamts

für Natur, Umwelt und Klima Nordrhein-Westfalen reiche dazu nicht aus. Weiterhin solle ein Runder Tisch eingerichtet werden, der die Expertise aller Akteure bündele. Einbezogen werden sollten zum Beispiel Imkerverbände, Landwirtschaftskammern, Feuerwehren und wissenschaftliche Institutionen. Nicht zuletzt müsse eine rechtliche Grundlage geschaffen werden, die es geschulten Nestentfernern ermögliche, Privatgrundstücke zu betreten. Ohne diese Befugnis seien Bekämpfungsmaßnahmen gerade in Wohngebieten kaum umsetzbar.

Meldeplattform

Roland Schmalenberg, Imker und Bienenlotse, hob die Bedeutung der zentralen Meldeplattform hervor. Die beim Landesamt für Natur, Umwelt und Klima angesiedelte Neobiota-Meldeplattform sei Schlüsselement sowie Dreh- und Angelpunkt zur Koordination von Nestsuchen. Sie verschaffe einen guten Überblick über die Entwicklung der Situation in Nordrhein-Westfalen. Es sei daher darauf zu achten, Meldungen über alternative Plattformen automatisiert in die Neobiota-Datenbank zu überführen. In diesem Zusammenhang erscheine es unumgänglich, Bürgerinnen und Bürgern die Plattform durch die Medien und Werbeauftritte der Kreise und kreisfreien Städte bekannter zu machen. Erfolgreich bekämpft werden könne die Asiatische Hornisse dann, wenn die Beseitigung von Nestern „als vordringliche Landesauf-

gabe verstanden und mit Haushaltsmitteln unterlegt“ werde. Sie dürfe nicht von der Finanzsituation der Kommunen abhängig sein und auch nicht auf Grundstückseigentümer umgelegt werden.

Der Sprecher der Bundesarbeitsgruppe „Hymenoptera“ (Hautflügler) des NABU, Dr. Stephan Härtel, kritisierte, dass ein vollständiges Konzept zum Umgang mit der Asiatischen Hornisse bisher fehle. Diese Lücke sei umgehend durch die zuständigen Behörden und die politisch Verantwortlichen zu schließen, um „wertvolle und sensible Habitate und Biodiversitäts-Hotspots vor weiteren Verlusten zu bewahren“. Bisher sei die Ausbreitung der Asiatischen Hornisse maßgeblich durch ehrenamtlich engagierte Naturschützer sowie Imkerinnen und Imker eingedämmt worden.

Unterschätzte Problematik

Diese Gruppen hätten mit hohem zeitlichen und finanziellen Aufwand die Ausbreitung der Asiatischen Hornisse verlangsamt und vielfach hoheitliche Aufgaben übernommen. Sie hätten vor Ort die durch die Insekten hervorgerufenen Schäden begrenzt. Der Erfolg der ehrenamtlich Tätigen führe jedoch dazu, dass die Problematik der Asiatischen Hornisse in Teilen der Gesellschaft und der Behörden unterschätzt werde. Die erfolgreiche Bekämpfung der *Vespa velutina* setze den Aufbau einer Koordinationsstelle, fundiertes Expertenwissen, öffentlich finanzierte Strukturen und die enge Verzahnung haupt- und ehrenamtlicher Akteure voraus. Eine entsprechende Koordinationsstelle würde die Belastung der Unteren Naturschutzbehörden verringern, die Bevölkerung kompetent informieren und die Ausbildung lokaler Expertinnen und Experten koordinieren.

rüc

Eine Übersicht über alle eingegangenen Stellungnahmen finden Sie [hier](#):



Standpunkte

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen



Klaus Hansen
(CDU)



Die Asiatische Hornisse ...

... (*Vespa velutina*) breitet sich invasiv in Europa und in NRW aus. Sie jagt besonders Honigbienen, schwächt Bienenstöcke und kann dadurch Ökosysteme und Landwirtschaft erheblich beeinträchtigen. Ihre Ausbreitung stellt eine ernst zu nehmende ökologische und wirtschaftliche Herausforderung dar, weil sie die Biodiversität gefährdet.



René Schneider
(SPD)



... ist eine Riesen-Herausforderung für unsere Biodiversität. Sie verzehrt Bienen und wichtige andere Insekten in großer Zahl – und hat hierzulande selbst keine natürlichen Feinde. Darum breitet sich die invasive Art immer weiter aus. Das dürfen wir nicht zulassen. Wir müssen jetzt handeln, um die Ausbreitung noch einzudämmen, solange die Chance besteht.



Dr. Volkhard Wille
(Grüne)



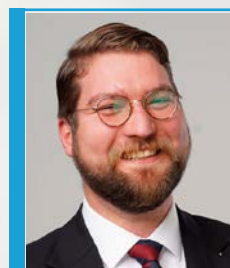
... ist wie viele andere invasive Arten durch den internationalen Warenhandel eingeschleppt worden. Aufgrund des Klimawandels fühlt sie sich leider auch in NRW ziemlich wohl. Da sie hier keine natürlichen Fressfeinde hat, konnte sie sich schnell ausbreiten. Die Bekämpfung dieser invasiven Art ist wichtig und sollte sich auf Gefahrenbereiche konzentrieren, da eine Ausrottung nicht mehr möglich ist.



Dietmar Brockes
(FDP)



... ist eine invasive Gefahr für Artenvielfalt und Landwirtschaft. Sie breitet sich rasant aus und verursacht hohe Schäden. Die FDP fordert entschlossenes Handeln und eine koordinierte Landesstrategie, denn Prävention und frühe Bekämpfung sind entscheidend. Doch leider sind die Zuständigkeiten in Nordrhein-Westfalen unklar.



Zacharias Schalley
(AfD)



... ist seit langem als superinvasive Art für unser Ökosystem bekannt. Seit 2004 ist sie in Frankreich, seit 2020 in NRW nachgewiesen, dennoch sind Landesregierung und Umweltbehörden darauf schlecht vorbereitet, bestätigen Sachverständige in der Anhörung. Imker und Privatleute werden mit dem Problem alleingelassen.

Honigbienen ...

... (*Apis mellifera*) bestäuben bis zu 80 % unserer Nutzpflanzen und sichern damit landwirtschaftliche Erträge, Vielfalt und Ökosysteme. Sie sind unverzichtbar für Landwirtschaft und Umwelt. Angesichts der Bedrohung durch die invasive Asiatische Hornisse ist ihr Schutz besonders wichtig.

... sind systemrelevant. Es ist kein Öko-Spleen, sie zu schützen. Es ist vielmehr im Interesse unserer heimischen Natur, der Landwirtschaft, sogar der Volkswirtschaft, weil es ohne Bestäuber-Insekten kein Obst und Gemüse gibt. Darum erwarte ich auch von CDU und Grünen, Bienen und Insekten vor der Asiatischen Hornisse zu schützen. Das kostet Geld und Arbeit.

... dienen der Asiatischen Hornisse als Futter, aber auch Wildbienen, Spinnen und viele andere Insekten stehen auf ihrem Speiseplan. Damit die Honigbienen auch künftig Pflanzen wie Obstbäume oder Gemüse bestäuben können, schützen Imkerinnen und Imker ihre Bienenstöcke vor dem Eindringen der Asiatischen Hornisse. Auch zum Schutz der übrigen gefährdeten Arten ist das Auffinden und Beseitigen der Hornissen-Nester zentral.

... sind systemrelevant sowohl für die Ernte als auch für die Artenvielfalt. Die Asiatische Hornisse gefährdet unsere Bienenvölker und schwächt ihre Leistung. Schutz der Honigbienen heißt deshalb auch Schutz unserer Ernährung – das muss Priorität haben.

... sind durch die Asiatische Hornisse akut gefährdet. Problematisch ist die Asiatische Hornisse vor allem, weil sie die Aufzucht der Winterbrut von Honigbienen empfindlich schwächt. Dadurch ist sogar der Fortbestand ganzer Bienenvölker im Folgejahr bedroht. Fielen zu viele Honigbienen als Hauptbestäuber im Obst- und Pflanzenbau aus, wäre mit empfindlichen Ertragsverlusten zu rechnen.

Imkerinnen und Imker ...

... dürfen mit dieser Herausforderung nicht alleingelassen werden. Zudem geht es längst nicht mehr nur um Bienen – die Asiatische Hornisse jagt eine große Vielfalt von Arten, wodurch die gesamte Insektenvielfalt bedroht ist. Und stellt damit auch eine Herausforderung für unsere Landwirtschaft und die gesamte Umwelt dar.

... sind die ersten, die mitbekommen, was die Asiatische Hornisse anrichtet. Viele haben schon mit angesehen, wie ihre Völker aufgefressen werden. Im Wald geschieht das große Fressen unbemerkt von allen. Klar ist: Die Bekämpfung der Asiatischen Hornisse können die Imker nicht allein leisten. Schließlich zieht das Problem über die Bienen hinaus große Kreise.

... sind wichtige Verbündete im Kampf gegen die Asiatische Hornisse. Mit ihrem Fachwissen können sie Vorkommen der Asiatischen Hornisse melden und nützliche Hinweise für das Auffinden und Eliminieren von Nestern geben. Trotzdem stellt dies eine zusätzliche Belastung dar, die sie nicht allein tragen können. Es kommt daher auf eine gute Zusammenarbeit mit anderen Akteuren wie den Naturschutzbehörden oder Feuerwehren an.

... können die Bekämpfung nicht alleine schultern. Sie brauchen Unterstützung, klare Regelungen und abgesicherte Helferinnen und Helfer. Nur mit einem funktionierenden Zusammenspiel von Ehrenamt, Fachleuten und Behörden lassen sich die Folgen eindämmen.

..., die in NRW zu 99 Prozent Hobbyimker sind, arbeiten an ihrer Belastungsgrenze. Sie sorgen durch ihr ehrenamtliches Engagement dafür, dass die Schäden durch die Asiatische Hornisse sich noch in Grenzen halten. Faltweise führt dies dazu, dass Politik und Behörden in NRW bislang keinen akuten Handlungsbedarf gesehen haben. Dabei wären staatliche Managementmaßnahmen nötig.

Asiatische Hornisse

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Eine Koordinationsstelle ...

... muss nicht neu geschaffen werden, wenn eine klar zuständige Abteilung im Ministerium die Aufgabe übernehmen, bündeln und landesweit koordinieren kann. Entscheidend ist, dass wir ohne zusätzliche Bürokratie zu schnellen und wirksamen Entscheidungen kommen und die Ausbreitung der Asiatischen Hornisse eingedämmt wird.

... ist ein Schritt, um die Eindämmung der Asiatischen Hornisse zu organisieren und die Verbreitung verlässlich zu monitoren. Es braucht zudem Geld, um Hornissen-Bekämpfer auszubilden und Nester zu entfernen. An alle Sparfüchse: Je früher wir starten, desto günstiger ist es, der Lage Herr zu werden. Experten schätzen, dass jeder Euro jetzt bis zu 1.000 Euro in Zukunft spart.

... im Sinne eines Runden Tisches auf Kreisebene kann relevante Akteure zusammenbringen und Bekämpfungsmaßnahmen koordinieren. Mit dem Landesumweltamt (LANUK) gibt es bereits eine Fachbehörde, die Informationen über invasive Arten in NRW zusammenträgt, die Öffentlichkeit informiert und mit den Unteren Naturschutzbehörden sowie Betroffenen im Austausch steht. Weitere Maßnahmen müssen geprüft werden.

... bündelt Wissen, Zuständigkeiten und Meldewege. Eine zentrale Bündelung vermeidet Doppelarbeit, setzt öffentliche Mittel effizient ein, vernetzt die Akteure und entlastet die Kommunen. So bleibt Nordrhein-Westfalen handlungsfähig.

... wäre zur Bündelung aller beteiligten Instanzen wichtig, um bürokratische Lähmung und Untätigkeit bei der Hornissenbekämpfung zu unterbinden. U. a. wäre zu klären, welche wirksamen chemischen Biozide endlich zugelassen werden können. Das in der Bedienung viel zu umständliche Meldeportal des LANUK wäre stärker auf Benutzerfreundlichkeit und Bearbeitungsdauer abzustellen.

Bundeswehr-Gelöbnis vor der „Herzkammer der Demokratie“

4. September 2025 – Es war eine Premiere: Erstmals traten Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr zum Feierlichen Gelöbnis auf der großen Wiese am Landtag an. 420 junge Frauen und Männer, stationiert in Ahlen, Augustdorf, Höxter, Minden, Münster, Unna und Berlin, bekannten sich zum Abschluss ihrer Grundausbildung öffentlich zur demokratischen Grundordnung. Unter den zahlreichen Gästen waren rund 1.400 Angehörige der Rekrutinnen und Rekruten.



Landtagspräsident André Kuper begrüßt die Rekrutinnen und Rekruten



Schreiten die Reihen ab (v.l.): Brigadegeneral Hans-Dieter Müller, Innenminister Herbert Reul, Ministerpräsident Hendrik Wüst und Landtagspräsident André Kuper



Warten auf den feierlichen Moment

Ministerpräsident Hendrik Wüst erinnerte an den Überfall Russlands auf die Ukraine: „Die jungen Rekrutinnen und Rekruten treten ihren Dienst in einer sicherheitspolitisch besonders herausfordernden Zeit an.“ Frieden, Demokratie und Freiheit seien auch in Europa nicht selbstverständlich. Mit ihrem Gelöbnis verpflichteten sich die jungen Soldatinnen und Soldaten dem Grundgesetz: „Sie versprechen, Deutschland zu dienen und Recht und Freiheit zu verteidigen. Damit übernehmen Sie eine große Verantwortung.“ Die Bevölkerung zähle darauf, dass die jungen Soldatinnen und Soldaten das Land im Ernstfall schützen und verteidigen. Wüst: „Sie sind damit nicht weniger als das personifizierte Schutzversprechen des Staates an die Gesellschaft.“

Schutz vor Gewalt und Willkür

Innenminister Herbert Reul sagte in seinem Grußwort: „Sicherheit ist der Anfang von allem, das Fundament staatlicher Ordnung. Das Gelöbnis der Soldatinnen und Soldaten ist die Voraussetzung, dass unser Land ein grundlegendes Versprechen an seine Bürgerinnen und Bürger halten kann: das Versprechen, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um sie vor Gewalt und Willkür zu schützen.“

Als letzter Redner trat Brigadegeneral Hans-Dieter Müller, der Kommandeur des Landeskommandos Nordrhein-Westfalen, ans

Mikrofon. Seine Vorredner hätten den Soldatinnen und Soldaten ein Gefühl der „Wertschätzung und getragenen Solidarität in der Mitte unserer Gesellschaft“ vermittelt, sagte er. Zugleich dankte er Parlament und Landesregierung, dass das Gelöbnis „eben nicht in den Kasernen der Verbände in Nordrhein-Westfalen stattfindet, sondern unmittelbar vor der Herzkammer der parlamentarischen Demokratie in unserem Bundesland“.

Die Bundeswehr hatte sich bereits vormittags am Landtag präsentiert. An einem Infomobil konnten sich Interessierte über Karrieremöglichkeiten in Uniform und Zivil informieren. Ein besonders geschütztes Fahrzeug der Militärpolizei war zu sehen, ebenso ein Kampfpanzer vom Typ „Leopard II“ und ein „Truppenentgiftungsplatz TEP 90“. Dabei handelt es sich um ein Dekontaminationssystem, das zum Beispiel nach Angriffen mit atomaren, biologischen und chemischen Waffen eingesetzt werden kann. *zab*

Die Gelöbnisformel

Die Soldatinnen und Soldaten geloben oder schwören, „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“. Freiwillig Wehrdienstleistende geloben, Berufs- und Zeitsoldaten schwören. Wer will, kann den Satz „So wahr mir Gott helfe“ hinzufügen.

Der Ablauf war minutiös geplant – vom Einmarsch der Rekrutinnen und Rekruten um 13.30 Uhr über die Redebeiträge bis zum gemeinsamen Singen der Nationalhymne um 14.45 Uhr. Für den musikalischen Rahmen sorgte das Luftwaffen-Musikkorps aus Münster.

Parlamentsarmee

Das Gelöbnis sei ein prägender Moment für die Rekrutinnen und Rekruten, sagte André Kuper, der Präsident des Landtags. Sie hätten sich intensiv darauf vorbereitet. Frieden und Freiheit, Sicherheit und Stabilität könne es nicht ohne Verteidigung geben. Kuper: „Wir müssen uns verteidigen können, damit wir uns nicht verteidigen müssen.“ Die Bundeswehr sei eine Parlamentsarmee und mit ihren Soldatinnen und Soldaten fest in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt. Das Parlament und seine Abgeordneten stünden hinter ihr.



Gelöbnis mit Blick auf den Landtag

Fotos: Schälte, Zanin

AUS DEN FRAKTIONEN

„Wir brauchen die Senioren und ihren Input“

Politik gestalten, die allen Menschen in Nordrhein-Westfalen zugutekommt: Damit das gelingt, braucht es den direkten Austausch. Deshalb hat die CDU-Landtagsfraktion das Gespräch mit Seniorinnen und Senioren gesucht. Rund 70 sind der Einladung zum Seniorenforum gefolgt und haben ihre Erfahrungen, Sorgen und Wünsche eingebracht. Die Gespräche haben deutlich gemacht, welche Themen für ältere Menschen wichtig sind: Wie können wir im Alter mobil bleiben, auch wenn man nicht mehr Auto fährt? Wie schaffen wir Wohnformen, die Sicherheit und Gemeinschaft verbinden? Wie sichern wir eine gute medizinische Versorgung und Pflege – auch auf dem Land? Und wie können wir Einsamkeit entgegenwirken, Begegnungen und Teilhabe fördern? Nach einem Impulsvortrag von Minister Karl-Josef Laumann haben die Teilneh-

merinnen und Teilnehmer in moderierten Arbeitsgruppen intensiv miteinander diskutiert. Sie haben nicht nur Probleme benannt, sondern konkrete Ideen entwickelt: von besseren Bus- und Bahnverbindungen im ländlichen Raum über neue Treffpunkte für Begegnung bis hin zu Vorschlägen für eine stärkere Unterstützung des



Foto: Büro Klaus Hansen

Ehrenamts. Das Seniorenforum war ein Zeichen, wie viel Wissen, Erfahrung und Tatkraft ältere Menschen in unsere Gesellschaft einbringen – und wie wichtig es ist, ihnen dafür Raum zu geben.

Britta Oellers, Beauftragte in der CDU-Fraktion für Senioren: „Die Senioren machen die größte Bevölkerungsgruppe in unserem Land aus – da müssen wir zuhören. Wir brauchen sie und ihren Input.“ Klaus Hansen, Mitglied im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend: „Es war beeindruckend zu sehen, mit welchem Herzblut diskutiert wurde. Das motiviert uns, diesen Weg weiterzugehen.“



Ausstellung im Foyer der SPD-Fraktion: eigen. Von Einsam- und Gemeinsamkeiten.

Noch bis zum 25. September zeigt der Künstler Tim Kramer im Foyer unserer Fraktion seine eindrucksvolle Fotoausstellung zum Thema Einsamkeit. Die Fotografien laden dazu ein, genauer hinzusehen: In Porträts teilen

Bochumerinnen und Bochumer ihre Erfahrungen mit Einsamkeit und die Wege, die sie gefunden haben, ihr zu begegnen. Expertinnen und Experten aus Psychologie und Stadtentwicklung ergänzen diese Lebensgeschich-

ten aus wissenschaftlicher Perspektive. Diese verschiedenen Sichtweisen zeigen: Einsamkeit ist vielseitig, sehr persönlich und doch ein Thema, das gesellschaftlich verbindet. Die Ausstellung ist ein stiller Appell für mehr Miteinander – und ein künstlerischer Beitrag zur Debatte über soziale Isolation in unserer Zeit.

Sie haben die Ausstellung verpasst? Kein Problem: Die nächste Ausstellung „Ich Bin Ein Mensch! Gesichter sehen – Geschichte verstehen“ der Künstlerin Jutta Elbers wird am Dienstag, 30. September 2025, eröffnet. Anmeldungen sind erforderlich unter <https://machen-wir.de/mensch>. Die Ausstellung ist bis zum 7. November im SPD-Fraktionsfoyer zu besichtigen.



Interessiert verfolgten die Gäste der Vernissage die Erläuterungen des Künstlers Tim Kramer.

Der Nationalpark Eifel wird erweitert – zu Besuch an einem ganz besonderen Ort

Eindrucksvolle Natur, bewegende Geschichte: Der Nationalpark Eifel und der Erinnerungsort Vogelsang IP, die ehemalige NS-Ordensburg, ziehen jedes Jahr Hunderttausende Besucherinnen und Besucher an. Als Grüne Abgeordnete und Mitarbeitende haben wir uns einen ganzen Tag lang über die Vergangenheit und Zukunft dieser

beiden bedeutenden Orte in NRW informiert. Wie die Nationalsozialisten die sogenannte Ordensburg – und ihre Architektur – nutzten, um ihre menschenverachtenden Ideologien zu verbreiten, haben uns Referenten bei Rundgängen über das Gelände erklärt. Es waren Bilder und Schilderungen, die lange nachwirken.



Fotos: Grüne Fraktion



Bei Wanderungen durch den angrenzenden Nationalpark Eifel berichteten uns Ranger eindrucksvoll, wie sich die Natur diesen Ort zurückholt. Dank des Mottos „Natur Natur sein lassen“ konnten seltene und gefährdete Arten wie Schwarzstorch und Bechsteinfledermaus auch kürzlich erst wieder nachgewiesen werden. Wir freuen uns daher, dass Umweltminister Oliver Krischer vor Kurzem mitgeteilt hat, dass die zwanzigjährige Erfolgsgeschichte des Nationalparks fortgeschrieben wird: Der Nationalpark Eifel wird um bis zu 750 Hektar wachsen.



Deutschlernen muss Priorität haben: FDP startet Sprach-Offensive

Die FDP-Landtagsfraktion NRW hat ein Positionspapier zur Förderung der deutschen Sprache beschlossen. Unter dem Titel „Offensive für die deutsche Sprache als Grundlage für Chancen und Aufstieg“ betonen die Freien Demokraten die zentrale Bedeutung guter Deutschkenntnisse für Integration, Bildungserfolg und gesellschaftliche Teilhabe.

Henning Höne, FDP-Fraktionschef im Landtag, stellte das Papier in der Landespressekonferenz vor und machte deutlich: „Wer Pilot seines eigenen Lebens sein will, braucht die Sprache Deutsch.“ Kernforderungen des Positionspapiers sind verpflichtende und früher als bisher einset-



Henning Höne (FDP)

zende Sprachscreenings in den Kitas sowie die Verankerung von Deutsch als Standardsprache in allen schulischen Prüfungen. So soll sichergestellt werden, dass alle Kinder rechtzeitig gefördert und nicht durch Sprachdefizite benachteiligt werden.

In diesem Zusammenhang kritisierte Höne einen Antrag der schwarz-grünen Koalitionsfraktionen, der unter anderem darauf abzielt, Klassenarbeiten in Herkunftssprachen

anzubieten: „Mehrere Sprachen zu sprechen und bilingual aufzuwachsen, ist ein riesiges Geschenk – aber die Praxis an vielen Schulen in Nordrhein-Westfalen zeigt, dass dort oft Kinder und Jugendliche sitzen, die zwar

zwei Sprachen sprechen, aber beide nicht richtig gut. Eine vielfältige Gesellschaft braucht ein gemeinsames Fundament: Das ist unter anderem der Wertekanon des Grundgesetzes, aber eben auch die Sprache.“

Aus Sicht der Freien Demokraten muss die Sprachförderung im Zentrum der Bildungspolitik stehen. „Klassenarbeiten in Herkunftssprachen anzubieten, weil man es nicht schafft, den Kindern Deutsch beizubringen, ist eine integrations- und bildungspolitische Kapitulation“, warnt Höne. Deshalb fordert die FDP-Landtagsfraktion eine Bildungspolitik, die das Deutschlernen als Priorität begreift und dabei keine Abstriche macht.



Demokratie braucht fairen Wettbewerb

Kürzlich beschlossen CDU, Grüne, SPD und FDP zu später Stunde drastische Änderungen des Abgeordneten- und des Fraktionsgesetzes.

„Die Novelle gibt vor, die Sicherheit im Parlament zu verbessern, verfolgt aber vor allem das Ziel, die Handlungsfähigkeit echter Opposition einzuschränken“, warnt Dr. Martin Vincenz, Vorsitzender der AfD-Fraktion.

„Unter harmlose Selbstverständlichkeiten mischt sich nämlich Ungeheuerliches. So kann künftig Mitarbeitern von Abgeordneten der Zutritt zum Landtag verweigert und ihre Bezahlung de facto ausgesetzt werden.“

Die Begründung dieser Sanktionen erfolgt nicht ausschließlich auf Grundlage rechtsstaatlicher Urteile, sondern teilweise unterhalb der Strafbarkeitsgrenze. So



Dr. Martin Vincenz (AfD)

genügen 'Hinweise aus der Bevölkerung', ein Mitarbeiter könnte die juristisch undefinierte 'Würde des Hauses' gefährden, um ihm Zutritt und damit de facto Beschäftigung zu versagen. Das Missbrauchsrisiko ist enorm.

Als AfD-Fraktion halten wir die bisherige Praxis polizeilicher Führungszeugnisse für bewährt. Sollte versucht werden, Mitarbeiter der Opposition auszuschalten, werden wir uns entschieden dagegen wehren. Zur Not vor Gericht.

Die Würde des Parlaments beginnt mit der Wahrung der Rechte der Opposition.“





Der Landtag Nordrhein-Westfalen als Arbeitgeber

Leserinnen und Leser von Landtag Intern sind landespolitisch stets gut informiert. Was viele vielleicht nicht wissen: Der Landtag ist auch ein attraktiver und interessanter Arbeitgeber.

Die Landtagsverwaltung mit ihren mehr als 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstützt die Fraktionen und die Abgeordneten bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Die Aufgaben sind vielfältig und abwechslungsreich. Die Verwaltung bereitet Sitzungen des Landtags vor, kümmert sich um das IT-Management und die Instandhaltung des Gebäudes, die Dokumentation aller Parlamentspapiere, sie verfügt über eine eigene Personalabteilung, eine Vergebestelle und vieles mehr.

Wir suchen unter anderem

- Juristinnen und Juristen
- Verwaltungsfachleute
- Expertinnen und Experten für das IT-Management
- Handwerkerinnen und Handwerker
- Technikerinnen und Techniker
- Ingenieurinnen und Ingenieure
- Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Büromanagement

Wir suchen Sie!

Sie suchen eine herausfordernde Tätigkeit und wollen an der demokratischen Gestaltung unseres Bundeslandes mitwirken? Dann werden Sie Teil unseres Teams. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung.

Ihr André Kuper
Präsident des Landtags

Alle aktuellen Stellenausschreibungen finden Sie im Internetauftritt des Landtags:
<https://lt.nrw/Stellenangebote>



Haben Sie Fragen? Oder möchten Sie Ihre Bewerbung an den Landtag schicken: personalmanagement@landtag.nrw.de

FORUM

Gesucht: Bunte Ideen rund um Nordrhein-Westfalen

September 2025 – Nordrhein-Westfalen feiert im kommenden Jahr einen runden Geburtstag: 80 Jahre wird das bevölkerungsreichste Bundesland alt – ein stolzes Alter, und eine beeindruckende Lebensgeschichte. Zum Jubiläum hat der Präsident des Landtags, André Kuper, einen Mal- und Bastelwettbewerb an den Grundschulen des Landes gestartet.

„Nordrhein-Westfalen wird 80 Jahre alt. Malt oder bastelt, was unser Land besonders macht.“ – so lautet das Motto des diesjährigen Wettbewerbs, an dem sich wieder alle Schülerinnen und Schüler der vierten Klassen beteiligen können. Gesucht werden bunte Ideen rund um Nordrhein-Westfalen, mit kreativer Umsetzung und einem individuellen Blick auf unsere Heimat.

„Großes Glück“

Der Präsident sagt: „Wir schauen 2026 auf 80 Jahre Demokratie, Frieden und Freiheit in Nordrhein-Westfalen zurück. Wir sind dankbar für das große Geschenk, das uns unsere britischen Freundinnen und Freunde gemacht haben. Es ist unsere Verpflichtung, uns für den Fortbestand der freiheitlichen Demokratie einzusetzen – auch für unsere Kinder und Enkelkinder. Was ihnen besonders wichtig ist für ein Leben in Nordrhein-Westfalen, das steht im Mittelpunkt unseres diesjährigen Mal- und Bastelwettbewerbs. Ich freue mich auf viele kreative Ideen unserer jungen Bürgerinnen und Bürger.“

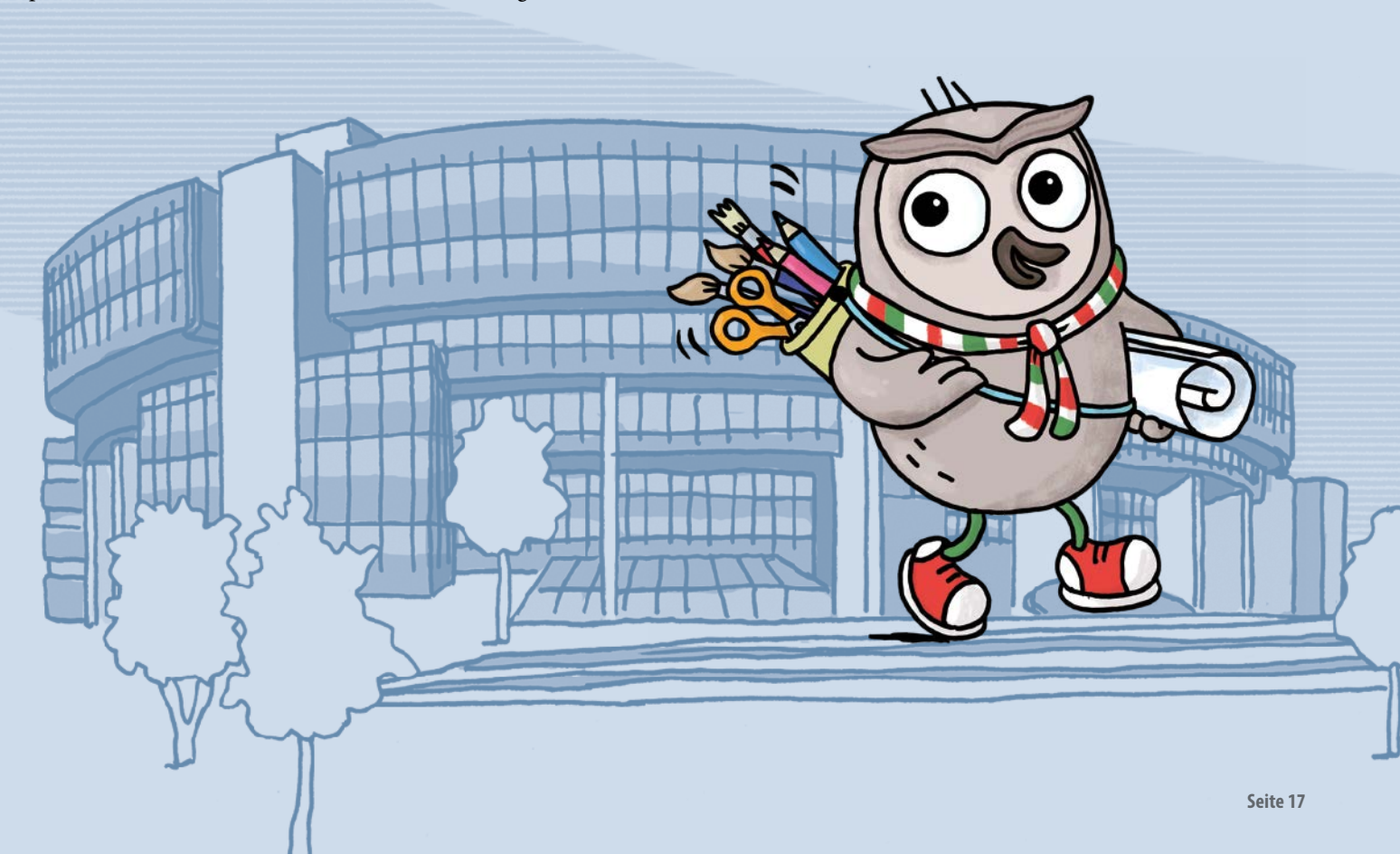
Das Land Nordrhein-Westfalen war am 23. August 1946 von der britischen Besatzungsmacht gegründet worden. Kurze Zeit später, am 2. Oktober 1946, trat der erste Landtag zusammen.

Nur rund ein Jahr nach dem Ende der Nazi-Diktatur und des Zweiten Weltkriegs ermöglichten die Briten damals einen demokratischen Neuanfang im heute bevölkerungsreichsten Bundesland und legten dafür den Grundstein. Heute kann man sagen: Mission erfüllt!

Beim Mal- und Bastelwettbewerb kann pro vierter Klasse ein Bild oder eine Bastelarbeit beim Landtag eingereicht werden. Einsendeschluss ist der 2. Dezember 2025. Die Entscheidung über die Siegerklassen fällt der Präsident des Landtags gemeinsam mit den Vizepräsidenten.

Es werden insgesamt 2.150 Euro an Preisgeldern für die Klassenklassen vergeben: Die Siegerehrung findet im Frühjahr 2026 im Landtag statt. Zudem gibt es wieder eine Ausstellung. red

Der Mal- und Bastelwettbewerb findet zum vierten Mal statt. Im vergangenen Jahr stand das Thema „Kinderrechte“ im Mittelpunkt. Es wurden rund 120 Mal- und Bastelarbeiten eingereicht. Kontakt: oeffentlichkeitsarbeit@landtag.nrw.de
Mehr Informationen, die Teilnahmebedingungen und das Formular zum Wettbewerb finden interessierte Klassen im Internetauftritt des Landtags: <https://lt.nrw/malwettbewerb>



Porträt: Claudia Schlottmann (CDU)

Wie kamen sie in die Politik? Wo liegen ihre politischen Schwerpunkte? Landtag Intern stellt in jeder Ausgabe Abgeordnete vor. Diesmal im Porträt: Claudia Schlottmann, Sprecherin der CDU-Fraktion im Ausschuss für Schule und Bildung.

Ihr Weg in die Politik habe eher zufällig begonnen, erinnert sich Claudia Schlottmann. Während ihres dualen Studiums sei sie gefragt worden, ob sie Jugendvertreterin im Betriebsrat werden wolle. „Da habe ich mir die Parteiprogramme angeschaut und überlegt: Wo fühle ich mich zu Hause?“, erzählt sie. Fündig wurde sie bei der CDU – und engagierte sich zusätzlich in der Jungen Union (JU) in Hilden. „Das war eine tolle Truppe, in der wir nicht nur leidenschaftlich über Politik diskutiert, sondern auch Freundschaften fürs Leben geschlossen haben.“

Politische Arbeit sei damals echte Handarbeit gewesen: In den 1980er-Jahren stand sie mit ihrer JU-Gruppe nachts an

der Druckerpresse und produzierte Flugblätter. „Wir haben getextet, gesetzt und bis tief in die Nacht verteilt“, erzählt sie lachend. „Das war noch eine ganz andere Art von Politikmachen – aber eine, die zusammenschweißt.“

Enge Freundschaften

Aus ihrer Zeit in der Jungen Union sind bis heute enge Freundschaften geblieben. „Wir haben nicht nur Politik gemacht, sondern auch viel Freizeit miteinander verbracht. Diese Mischung aus politischer Diskussion und persönlichem Zusammenhalt hat mich geprägt.“

Aufgewachsen in einem politisch interessierten Elternhaus in Hilden, führte sie mit ihrem Vater viele kontroverse Debatten. Ein Satz von ihm ist ihr bis heute wichtig: „Das Nachgeben der Klugen hatten wir in Deutschland bereits – das brauchen wir nicht noch einmal.“ Für Claudia Schlottmann be-

deutet Politik seither: um die beste Lösung ringen, nicht nachgeben.

Als Jugendliche besuchte sie eine Wahlkampfveranstaltung von Franz Josef Strauß im Wuppertaler Stadion am Zoo. „Die Stimmung war hoch emotional – man liebte ihn oder man hasste ihn“, erinnert sie sich. Es sei für sie prägend gewesen, diese politische Leidenschaft einmal hautnah mitzerleben.

Beruflich startete sie zunächst außerhalb der Politik: Als Marketingleiterin eines Chemiefaserherstellers war sie jahrelang in Europa unterwegs, organisierte Modenschauen, arbeitete mit Größen wie Karl Lagerfeld oder Jil Sander zusammen. Dabei habe sie gelernt, „keine Angst vor großen Tieren zu haben – wenn man ihnen freundlich begegnet, bekommt man Freundlichkeit zurück“. Mit der Geburt ihrer Kinder verlagerte sie ihr Engagement stärker auf die Kommunalpolitik: „Ich war bis dahin sechs Tage in der Woche in verschiedenen Städten Europas unterwegs – das ging mit Kind einfach nicht.“

1994 kandidierte sie erstmals für den Stadtrat in Hilden, seit 2020 ist sie Fraktionsvorsitzende der CDU Hilden. 2017

Nachgefragt

Was ist Ihr Lieblingsbuch und warum?

Eleonore von Aquitanien, sehr vielschichtige Persönlichkeit, eine Frau in kriegerischen und herausfordernden Zeiten, die zumindest in großen Teilen ihres Lebens konsequent ihren Weg geht.

Welche Musik hören Sie gerne?

Barbra Streisand

Was haben Sie immer in Ihrem Kühlschrank vorrätig?

Zu meiner Schande Cola Zero

Ihr liebstes Reiseziel?

Egal, Hauptsache, mein Mann und/oder die Kinder sind dabei.

zog Schlottmann in den Landtag ein, 2022 wurde sie erneut direkt gewählt. Im Landesparlament ist sie schulpolitische Sprecherin ihrer Fraktion. „Ich bin ein Fan des gegliederten Schulsystems“, sagt sie. Kinder müsse man fördern, aber auch fordern – immer mit Blick auf ihre individuellen Bedürfnisse. Dabei ist ihr der Austausch mit Schulen und Eltern besonders wichtig: „Politische Entscheidungen müssen vor Ort ankommen. Deshalb bleibe ich auch in der Kommunalpolitik aktiv.“

„Vom Kind her denken“

„Wir müssen in der Bildungspolitik immer vom Kind her denken“, sagt Schlottmann. Auch Konstanz sei entscheidend – ständige Reformen verunsicherten Eltern sowie Schülerinnen und Schüler. In Debatten im Landtag wünscht sie sich Fairness: „Man kann hart in der Sache sein, aber respektvoll im Ton.“

Privat ist die Politikerin sportlich unterwegs: Jeden Morgen um fünf Uhr steht sie auf, geht häufig walken – sieben Kilometer, sommers wie winters. „Das ist mein Ausgleich – für den Rücken und für den Kopf.“ Gemeinsam mit ihrem Mann besucht sie die Fußballspiele ihres Sohnes, reist viel und liest am liebsten historische Krimis.

Maike von Galen

Zur Person

Claudia Schlottmann (63) stammt aus Hilden. Sie ist verheiratet und hat zwei Kinder. Nach dem Abitur folgten Ausbildung und Studium zur Wirtschaftsassistentin/Betriebswirtin (BA). Von 1984 bis 2000 war sie in einem Chemiefaserunternehmen beschäftigt, die letzten sechs Jahre als Marketingleiterin. Nach der Familienzeit war Schlottmann von 2011 bis 2017 Geschäftsführerin der CDU-Fraktion Hilden. Mitglied der Partei ist sie seit 1982. Claudia Schlottmann ist stellvertretende Landesvorsitzende der Frauen Union Nordrhein-Westfalen und seit 1994 Mitglied des Rates der Stadt Hilden. Seit Juni 2017 ist sie Abgeordnete des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Parlamentarisches Sommerfest

Mehr als 450 Gäste aus Politik, Gesellschaft, Kultur, Sport und Ehrenamt sind am 9. September 2025 der Einladung von Landtagspräsident André Kuper zum parlamentarischen Sommerfest gefolgt. Im Mittelpunkt stand der Austausch über aktuelle politische Themen und die Lage der Demokratie. Unter den Gästen waren erstmals auch Paraathletinnen und -athleten – ein starkes Zeichen für Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe. In seiner Rede hob der Präsident die Bedeutung des persönlichen Austauschs hervor: „Institutionen allein machen noch keine lebendige Demokratie aus. Es braucht den Kitt, der alles zusammenhält – die Menschen, die miteinander ins Gespräch kommen, das Verbindende in den Vordergrund stellen. Gerade in herausfordernden Zeiten ist dieser Austausch unverzichtbar.“



Landtagspräsident André Kuper

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint am Dienstag, 11. November 2025. Sie ist ab Freitagnachmittag, 7. November 2025, online abrufbar unter www.landtag.nrw.de.

Gestorben

7.8. Heinz Hardt (CDU/88) MdL
1970–2005

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion (red): Wibke Busch (wib, Vi.S.d.P.), Michael Zabka (zab), Thomas Becker (tob), Dr. Nils Rücker (rüc), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2442 (wib), 884-2304 (tob), (0211) 884-2293 (rüc), 884-2309 (bs), landtag-intern@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Ina Blumenthal (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Marcel Hafke (FDP), Christian Loose (AfD), Pressesprecher/-innen: Dirk Michael Herrmann (CDU), Andreas Hahn (SPD), Arne Lieb (Grüne), N.N. (FDP), Enxhi Seli-Zacharias MdL (AfD).

Redaktionsschluss: Freitag, 19. September 2025, 12 Uhr
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten. Kürzungen oder Veränderungen der Beiträge sind nicht zulässig.

Die Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ liegen in der alleinigen Verantwortung der jeweiligen Fraktion.

Ein Nachdruck der Beiträge aus den Rubriken „Aus den Fraktionen“ und „Standpunkte“ ist nur mit Zustimmung der jeweiligen Fraktionspressestelle und bei entsprechender Quellenangabe möglich.

Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Abgeordneten oder Wahlbewerberinnen und -bewerbern – insbesondere zum Zweck der Wahlwerbung – ist unzulässig.

Titelfoto: Zanin

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand: reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



www.landtagintern.de

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?

Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Öffentlichkeitsarbeit des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2129 (montags bis freitags, 9 bis 13 Uhr), landtag-intern@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion



Austausch unter Parlamenten

André Kuper, Präsident des Landtags, hat am 18. September 2025 seine bayerische Amtskollegin Ilse Aigner zu Arbeitsgesprächen empfangen. Der Besuch stand im Zeichen des Austauschs der beiden größten Landesparlamente in einer Zeit, in der demokratische Institutionen zunehmend unter Druck geraten. Ilse Aigner und André Kuper sprachen über Initiativen der Demokratiebildung sowie zur Stärkung der Wehrhaftigkeit der Demokratie. Bereits Anfang September war der thüringische Landtagspräsident Dr. Thadäus König zu Gast am Rhein. In den Gesprächen ging es unter anderem auch um den Schutz der Demokratie.

